

Bürgerentscheid zu neuer Brücke scheint möglich

Remseck Die FDP im Gemeinderat hat eine Abstimmung beantragt. Vorbild könnte das Votum zu S 21 sein. *Von Julian Illi und Markus Klohr*

Auf den ersten Blick scheinen die beiden Anträge recht ähnlich: Die FDP-Fraktion im Gemeinderat in Remseck (Kreis Ludwigsburg) will einen Bürgerentscheid über die geplante Westrandbrücke. Der eine Antrag datiert vom 12. Januar, der andere vom 28. April. Und doch gibt es einen wesentlichen Unterschied: Während der eine Antrag die eher allgemein formulierte Forderung zu einem Bürgerentscheid enthält, könnte der andere dafür sorgen, dass die Remsecker Bürger mittelfristig tatsächlich über den Bau einer neuen Brücke abstimmen dürfen.

Denn der jüngst vom FDP-Vizefraktionschef Kai Buschmann eingereichte Antrag zielt genauer. Statt der generellen Forderung nach dem Entscheid stellt er die Frage in den Raum, warum es nicht möglich sein soll, über die 100 000 Euro abstimmen zu lassen, welche die Stadt im aktuellen Haushalt für die Vorplanungen zur neuen Brücke eingestellt hat. Der entscheidende Unterschied: beim gesamten Bauvorhaben der Westrandbrücke handelt es sich um ein Projekt des Landes, auch wenn die genaue Aufteilung der Finanzierung einer künftigen Brücke zwischen dem Land und der Stadt noch nicht feststeht. Ein Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene wäre angesichts der übergeordneten Landesplanung wohl nicht zulässig.

Mit diesem Argument hatte der Erste Bürgermeister von Remseck, Karl-Heinz Balzer, den ersten FDP-Antrag vom Januar auch abgewiesen, versehen mit dem Hinweis, dass der Gemeinderat über einen solchen Antrag zwar abstimmen könne, sollte sich aber eine Mehrheit finden, der Oberbürgermeister Dirk Schönberger dem Beschluss widersprechen müsse – mangels städtischer Zuständigkeit.

Die neue Formulierung des FDP-Antrags aber könnte Bewegung in die Sache bringen, denn die 100 000 Euro, welche die FDP in den Mittelpunkt gerückt hat, stammen aus dem kommunalen Säckel. Das könnte eine andere juristische Bewertung zur Folge haben. Nach Einschätzung von Arne Pautsch, Professor für öffentliches Recht und Kommunalwissenschaften an der Ludwigsburger Verwaltungshochschule, wäre ein Bürgerentscheid darüber, ob die Stadt die 100 000 Euro zur Planung der Brücke tatsächlich ausgeben soll, „nicht per se unzulässig“. Es handle sich dabei schließlich um eine Angelegenheit aus dem Wirkungskreis der Gemeinde.

Die konkrete Formulierung der Frage, über welche die Bürger abstimmen könnten, wäre vermutlich ähnlich aufgebaut wie die in der Volksabstimmung zum Bahnprojekt S 21. Auch damals wurde über den Ausstieg aus der Kostenbeteiligung des Landes

an einem übergeordneten Bauprojekt – dem des Bundes und der Bahn – gefragt. Parallel dazu könnte die Frage in Remseck lauten, ob die Bürger dafür sind, dass die Stadt die 100 000 Euro aus dem Etat nicht ausgeben soll – und damit aussteigt.

Ob und wann ein Bürgerentscheid tatsächlich kommt, ist noch unklar. Man habe

dem Regierungspräsidium beide Anträge der FDP zur Prüfung vorgelegt, sagt OB Schönberger. Das Ergebnis werde man abwarten. Sollte die Prüfung positiv ausfallen, halte er einen sofortigen Entscheid nicht für sinnvoll, sagt FDP-Rat Buschmann. Klar sei aber: „Wenn der Bürgerentscheid möglich ist, dann wird er auch kommen.“

MÖGLICHE TRASSENFÜHRUNG



NEUE WEGE ÜBER DEN NECKAR

Westrandbrücke Im vergangenen Juli hatte der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) geäußert, dass er den Bau einer Westrandbrücke befürworte. Diese soll westlich der bisherigen Neckarbrücke den Fluss queren, die Kostenschätzungen liegen bei zehn Millionen bis 30 Millionen Euro, die sich das Land Baden-Württemberg und die Stadt Remseck vermutlich teilen würden. Mit dem Bau der Brücke könnte frühestens im Jahr 2020 begonnen werden. Zunächst stand der Gemeinderat in Remseck dem Plan kritisch gegenüber, mittlerweile steht aber eine Mehrheit für das Projekt.

Andriof-Brücke Der Name der vermeintlich „großen Lösung“ für das Stauproblem auf der bestehenden Neckarbrücke leitet sich vom ehemaligen Stuttgarter Regierungspräsidenten Udo Andriof ab. Gemeint ist eine neue Neckarquerung außerhalb der Stadtmitte von Remseck, zwischen dem Ortsteil Aldingen und Fellbach. Dass die Brücke in absehbarer Zeit kommt, scheint aber unrealistisch. Im vergangenen Jahr hat das Regierungspräsidium das Planfeststellungsverfahren gestoppt. *juj*